# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 118. | Dresden, Freitag den 24. Mai 1912. | 23. Jahrg.


## Der Reichstag.

Der aus den Januar-Wahlen hervorgegangene Reichstag hat den ersten Abschnitt seiner gesetzgeberischen Wirkungszeit vollendet. Er ist durch den Druck der Regierung bis zum 26. November vertagt und die Regierung kann sechs Monate lang ohne Mitwirkung des Parlaments schalten und walten. Die Mehrheit des Reichstags hat bewilligungseifrig der Regierung ungefähr alles gegeben, was sie forderte, und zum Dank dafür entledigt sich die Regierung möglichst lange Zeit der Volksvertretung. Indem die Regierung den Reichstag erst Ende November wieder zusammentreten läßt, bringt sie von neuem vor, daß der Reichstag im nächsten Jahre Zeit finden könnte zu selbständiger freier Tätigkeit. Das heutige halbabsolutistische Regierungssystem tut alles, um die Volksvertretung in ihrer Entfaltung zu hemmen und ihre Bedeutung herabzumindern. Man darf aber dies Treiben nicht so sehr der Regierung zum Vorwurf machen, tragen doch an diesen Verhältnissen die eigentliche Schuld die bürgerlichen Parteien, die sich eine derartige Behandlung gefallen lassen.

Es zeigt sich, daß der neue Reichstag in seinem Verhältnis zur Regierungsgewalt nicht etwa Wesensverschiedenheiten gegen die früheren Reichstage aufweist. Einen geringen Anlauf zur Sicherung seiner Stellung hat der Reichstag allerdings, gegen den Widerstand der konservativen Partei, durch Ausgestaltung seines Interpellationsrechtes unternommen. Aber an der überragenden Machtstellung der Regierung ändert das noch kaum ein geringes.

Da erwächst aber die andere Frage: sind wenigstens innerhalb des neuen Reichstags selbst, in der Entwicklung der Fraktionen und ihrer Stellung zueinander, bedeutsame Veränderungen gegen den früheren Stand der Dinge eingetreten? Diese Frage muß ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grade bejaht werden.

Die Wahlen des 12. Januar und die folgenden Stichwahlen haben das Reichstagsbild ganz bedeutend geändert. Vorüber war die Zeit der tönenden Siegeshymnen von 1907, da Fürst Bülow und der Liebertsche Reichsverband sich vermessen, das nächste Mal die Sozialdemokratie vollends zu Boden werfen zu wollen. Die deutschen Wähler hatten allzu schmerzlich bemerkt, wie sehr sie durch Hottentottenlärm und Bülowsche Sirenengesänge betrogen waren. Hunderttausende wandten enttäuscht den „nationalen Parteien" den Rücken, als aus der versprochenen liberalen Aera die schwarzblaue Aera mit ihrer schamlosesten „Finanzreform" aufgestiegen war. Es wurde weithin deutlich, daß im Kampf gegen die Sozialdemokratie keinerlei politischer und wirtschaftlicher Fortschritt in Deutschland geschaffen werden kann. Die letzten Januarwahlen brachten die schwere Niederlage der konservativen Parteien und damit das Ende der schwarzblauen Mehrheit im Reichstage. Sie brachten auch den liberalen Parteien keine Erfolge, sondern als wichtigstes Ergebnis die Fraktion der roten 110. Wäre nicht durch die ungerechte Wahlkreiseinteilung der Wille der Wähler aufs schlimmste verfälscht, so würde der parlamentarische Umschwung noch weit schärfer und wirkungsvoller in die Erscheinung treten.

Als sich der neue Reichstag versammelte, bestand vielfache Unklarheit und Unsicherheit, wie er funktionieren könne. Manche glaubten, daß die Regierung überhaupt mit diesem rot angestrichenen Reichstage nicht arbeiten und sehr schnell eine Auflösung herbeiführen würde. Da sich jedoch die Regierung von einem solchen Unternehmen keinen Erfolg versprechen konnte, so nahm sie vielmehr eine abwartende Haltung ein und suchte sich mit dem Ergebnis der Wahlen einigermaßen abzufinden.

Auch der Reichstag selbst mußte sich in den ersten Wochen seines Bestehens erst allmählich eingewöhnen und zurechttasten. Aus den Wirren der Präsidiumswahlen und deren schließlicher Lösung trat dann die Tatsache klar hervor, daß für viele sehr wichtige politische Fragen eine feste und gleichartige Mehrheitsbildung überhaupt nicht vorhanden ist. Gewiß, für eine Politik der „Staatserhaltung" und insbesondere für die Rüstungsfragen ist sogar eine sehr große Mehrheit vorhanden, von der äußersten Rechten bis zum linken Flügel des Liberalismus. Aber in vielen bedeutsamen Gegenwartsfragen der deutschen Politik, insbesondere für die Steuerfragen, bestehen zwischen den bürgerlichen Parteien mannigfache Gegensätze. Eine Mehrheit, wie die der Bülowschen Zeit, aus Konservativen und Liberalen, ist nicht vorhanden. Ebensowenig eine Mehrheit wie die schwarzblaue der Bethmannschen Zeit von 1909 bis 1911. Dagegen ist eine neue Mehrheitsbildung möglich geworden aus Liberalen und Sozialdemokraten, eine Mehrheit, die aber einesteils nur wenige Stimmen beträgt, die anderenteils aus Elementen besteht, die auch untereinander die schärfsten Gegensätze aufweisen.

Durch nationalliberale Zaghaftigkeit geschah es, daß die stärkste Fraktion des Reichstages keinen Platz im Präsidium des neuen Reichstages erhielt. Aber auch ein konservativ-klerikales Präsidium wie im vorigen Reichstag war unmöglich. Es kam das eigentümliche Präsidium zustande, in dem zwei verhältnismäßig schwächere Fraktionen alle Stellen besetzten, die Fortschrittler zwei und die Nationalliberalen eine Stelle. Das war offenbar doch nur eine Art Uebergangspräsidium, das den Reichstag selbst als den Reichstag einer Uebergangsperiode, den Reichstag noch ungeklärter politischer Zustände kennzeichnet.

Das ist das wesentliche Wahrzeichen des neuen Reichstages in seinem ersten Abschnitt, daß in ihm ebensowenig eine eigentliche Reaktionspolitik wie eine wirkliche, auch nur einigermaßen kräftige Vorwärtspolitik möglich wird. Vor den Wahlen drohte das Scharfmachertum im Verein mit dem Junkertum, neue Anschläge gegen die Arbeiterorganisationen durchführen zu wollen. Es drohten böse Zettelungen gegen die winzige deutsche Preßfreiheit, die Lex Wagner sollte wiederkehren. Das alles ist kläglich zusammengebrochen vor dem Votum der Reichstagswähler. Die kleinen Verbesserungen der Strafgesetznovelle sind beschlossen worden ohne die reaktionären Zutaten, wie sie zuvor die Wagner und Heinze befürwortet hatten. Die Forderung nach Knebelgesetzen gegen die Arbeiterschaft ist mit riesiger Mehrheit abgelehnt worden. Zahlreiche Reichsboten der bürgerlichen Parteien wagen jetzt nicht, den dreisten Wünschen des Zentralverbandes der Industriellen Rechnung zu tragen. Sie müssen sich, vorläufig wenigstens, vor dem Willen der Wählerschaft beugen. Ebenso ist die Schaffung neuer großer volksbelastender Steuern, wie sie ein Reichstag von der Art des vorigen unbedingt zur Deckung der Wehrvorlagen vollbracht hätte, ausgeschlossen gewesen. Die Regierung hat gerade nur eben einige wenige Millionen aus dem Branntwein zu holen vermocht, unter dem Vorgeben, daß die vielbekämpfte Liebesgabe beseitigt werde.

Ueber die Verhinderung des Schlimmsten gelangte aber der neue Reichstag bisher nicht viel hinaus. Die Einführung einer wirklichen Besitzsteuer, selbst nur geringen Ausmaßes, ist durch die Unentschlossenheit der durch mannigfachste innere Gegensätze geschwächten Nationalliberalen hintangehalten geblieben und nur sehr mäßig ist die Aussicht, daß aus den Steuerbeschlüssen des Reichstags im nächsten Jahre ein leidlich annehmbares Werk hervorgehen wird. Einige Verbesserungen sind, in erster Linie durch sozialdemokratische Anregungen, mit wechselnden Mehrheiten erzielt worden: Erhöhung der Mannschaftslöhnung, Beseitigung des korrumpierenden Ostmarkenfonds, Ausgestaltung der Geschäftsordnung des Reichstags. Aber nicht einmal die Herabsetzung der Altersgrenze für die Veteranen der Arbeit konnte durchgesetzt werden, geschweige denn größere sozialpolitische und kulturelle Forderungen im Wohnungswesen, im Schulwesen, in der Heeresorganisation, in den Lebensverhältnissen der Arbeiter. In allen diesen Angelegenheiten ist es höchstens bis zu einigen verwässerten und die Regierung zu nichts verpflichtenden Resolutionen gediehen.

Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aber darf das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie in diesem neuen Reichstag der Halbheiten, der Unfertigkeiten, der Unklarheiten eine tüchtige Arbeit geleistet hat. Es versteht sich, daß unsere 110 gegen die übergroße Mehrheit, die von den anderen Parteien, sobald sie sich zusammenschließen, gebildet wird, unmittelbare Erfolge nicht erzwingen kann. Aber sie hat bewiesen, daß sie durch wertvolle Anregungen sozial-fortschrittlicher und demokratischer Art die gegnerischen Parteien untereinander zu spalten und Erfolge vorzubereiten imstande ist. Die Fraktion hat auf allen Gebieten, unter voller Wahrung unserer sozialistischen Grundsätze, positive und praktische Anregungen gegeben und sich aufs äußerste bemüht, für die Volksmasse Günstiges zu erstreiten. In vielen heftigen Gefechten mit den bürgerlichen Parteien und mit der Regierung Bethmann-Hollweg hat unsere Fraktion aufrecht und tapfer gestanden. Als ein mächtiger Keil steckt die große sozialdemokratische Vertretung im Parlament des Klassenstaates.

Aber die vierundeinviertel Millionen Wähler, die unsere Fraktion im Reichstage geschaffen haben, wissen auch recht gut, daß die Männer im Parlament nur Vorposten der großen Volksbewegung unseres Zeitalters sein können. Die Tore des Parlaments sind geschlossen, aber die Volksbewegung soll keinen Tag rasten. Für Aufklärung und Bildung, für Brot und Freiheit, für Licht und Kultur unablässig zu kämpfen — das ist die Mahnung, die auch der Verlauf des neuen Reichstags eindringlich an alle unsere Parteimitglieder richtet!

## Blutige Wahlrechtskämpfe.

Die lärmenden Tagungen des ungarischen Abgeordnetenhauses haben ein blutiges Nachspiel auf Straßen von Budapest gezeitigt: Die Arbeiter haben auf die Wahlreformkomödie mit dem Generalstreik geantwortet und die Staatsgewalt hat den Säbel hauen, die Flinten schießen lassen! Das Blut der Entrechteten färbt seit gestern das Pflaster der ungarischen Hauptstadt. 300 Verwundete, 6 Tote — so meldete der Telegraph trocken!

Die Toten und Verwundeten von Budapest sind die Opfer einer Politik, die mit unerfüllten Versprechungen arbeitet, einer Politik, wie wir sie zu unserem Schaden und unserer Schande auch in andern Ländern als in Ungarn erleben müssen. Vor sechs Jahren, im Jahre 1906, hatte der damalige Ministerpräsident Wekerle angekündigt, daß er, das Werk seines Vorgängers Fejervary weiterführend, eine Reform des Wahlsystems im Sinne des allgemeinen, gleichen Wahlrechts vornehmen werde. Dieses Versprechen ist erst vor wenigen Wochen von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Khuen wiederholt worden — trotzdem geschah nichts zu seiner Erfüllung und statt die Wahlreform vorzunehmen, bestand die Regierung auf der Beratung der Wehrvorlagen. Darüber fiel Khuen, es folgte Lukacs, und im Reichstagspräsidium wurde der nachgiebige Naday von dem Wortführer der madjarischen Reaktion, von dem „Mann der Tat", Tisza, abgelöst. Aber die Tat, auf die die Regierung sann, war nicht die Wahlreform, sondern die Unterdrückung der Wahlrechtsbewegung. Eine für diesen Donnerstag von den Sozialdemokraten geplante öffentliche Kundgebung wurde verboten, obwohl die Budapester Genossen bei zahlreichen Straßendemonstrationen musterhafte Disziplin bewiesen hatten. Da sich die Massen diesem Verbot nicht fügten, schritt die verbrecherische Regierung mit Waffengewalt ein und veranstaltete in den Straßen der Reichshauptstadt ein furchtbares Gemetzel. Nachdem sie das Volk betrogen hatte, ging sie dazu über, das Volk zu morden.

Das deutsche Proletariat würdigt den Kampf der ungarischen Wahlentrechteten mit verständnisvollem Mitgefühl, denn der Kampf der ungarischen Arbeiter ist auch unser Kampf. Wir haben in Deutschland ein reaktionäres staatliches Gebilde, das dem ungarischen in den dunkelsten Punkten gleich ist: Preußen. Wie Preußen wird auch Ungarn von einer privilegierten Junkerkaste beherrscht; wie die preußische Regierung ist auch die ungarische ein Instrument der Junkerklasse; wie in Preußen sichert den ungarischen Junkern ein Privilegiertenparlament die Herrschaft; wie in Preußen wird das ungarische Volk seit Jahren mit Wahlreformversprechen genarrt, und wie die preußische glaubt die ungarische Regierung die Forderungen des genarrten Volkes mit staatlichen Gewaltmaßregeln beantworten zu können. Aber wie in Preußen wird auch in Ungarn einmal die Stunde der Freiheit schlagen, denn — wie sogar Wilhelm II. zugeben mußte —: Die Entwicklung steht nicht still!

Welch namenlos schändliches Spiel, schreibt die Wiener Arbeiterzeitung am Mittwoch, wird mit der ungarischen Wahlreform seit Jahren getrieben! Von jenem feierlichen Versprechen, das einst durch den Mund der Fejervary und Kristoffy geleistet wurde und worin dem Volke in Ungarn das allgemeine und gleiche Wahlrecht verkündet ward, zu der Spottgeburt des Wahlreformplans des Herrn v. Lukacs, mit dem an dem infamen Wahlunrecht, das heute das ungarische Volk vom Parlament ausschließt, nicht ein Jota geändert werden würde: welch eine Sammlung von Verleugnungen, gebrochenen Zusagen, grimmigen Enttäuschungen und böswilligen Verspottungen des harrenden Volkes, welche Summe von politischer Dummheit und persönlicher Tücke enthüllt sich da dem Betrachter! . . . . Und nun haben sie sich alle, die die Wahlreform unausgesetzt als die wahre und unerläßliche Notwendigkeit Ungarns erklärt haben, dem Wahlreformfeind Tisza in die Arme geworfen, nun sind sie, der feile und verräterische Lukacs vor allem, ins Lager der Oligarchie abgeschwenkt und alles Heil erwarten sie von der gewalttätigen Niederringung der Wahlrechtsobstruktion! . . . Nun mobilisieren sie für morgen in Budapest eine ganze Armee, um die Empörung der getäuschten und erbitterten Arbeiter womöglich in einem Blutbad zu ersticken. Im Parlamentssaal steigt, nach einem Wahlgang, der die Schurkereien ankündigt, die der Henker im Sinne hat, Graf Tisza auf den Präsidentenstuhl, der Mensch, der ein Todfeind der Demokratie ist und der vor keinem Mittel zurückschrecken will, um das Vorrecht seiner Kaste aufrecht zu erhalten. Inzwischen wird das Militär in den Kasernen konsigniert, werden die Polizistensäbel geschliffen, die Gewehre geladen, um morgen, wenn es die Oligarchen brauchen, das um sein Recht kämpfende Volk niederzusäbeln und niederzuknallen.

Es ist so gekommen, wie es unser Wiener Bruderblatt angesichts der staatlichen Rüstungen gegen das Volk voraussah. Mögen die Opfer nicht umsonst gefallen sein.

* * *

### Generalstreik und Straßenkampf.

**Budapest, 23. Mai.** Einem Leipziger Blatte wird telegraphiert: Der Generalstreik ist hier heute früh proklamiert worden. Alle Arbeiter feiern, ebenso die Angestellten der Kaffeehäuser und der Restaurationen. Keine einzige Zeitung kann erscheinen. Der elektrische Verkehr wurde bis Mittag noch aufrechterhalten. Alle Bäcker- und Fleischerläden sind geschlossen. Ungeheure Arbeitermassen durchziehen die ganze Stadt, singen revolutionäre Lieder und demonstrieren für das allgemeine Wahlrecht. Alle Hauptstraßen und öffentlichen Gebäude und das Parlament sind militärisch stark besetzt. Am Vormittag kam es an drei Punkten der Stadt bereits zu schweren Zusammenstößen zwischen den Massen und der Polizei, wobei viele Personen verwundet und verhaftet wurden. Um 1 Uhr nachmittags nahmen die Straßenexzesse einen bedrohlichen Charakter an. Am Waitzner-Ring wurden vom Militär Salven abgegeben. 61 Verwundete blieben am Platze liegen. An anderen Stellen warfen die Demonstranten viele elektrische Wagen um. Die Polizei feuerte in die Volksmenge und verwundete viele. Die Rettungsgesellschaft wußte nicht, wo sie die Verwundeten unterbringen sollte. Die Aufregung wurde in der ganzen Stadt jede Minute größer. Seit 2 Uhr nachmittags war in der ganzen Stadt der Verkehr unterbrochen und alle Läden waren geschlossen. Die Demonstranten hatten an 120 elektrischen Straßenbahnwagen alle Fenster eingeschlagen und die Motorführer herausgerissen und zum Streik gezwungen. Viele Passagiere wurden durch Steinwürfe schwer verwundet,


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120524/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG